

Tagebuchnotizen

Dienstag, 7. November.

In Köln tagte der Berufsverband der deutschen Industrie. Führende Arbeitgeber nahmen hier das Wort zu aktuellen Fragen. Was aber zum Teil gesprochen wurde, ist kennzeichnend für die Geisteshaltung eines Teiles der deutschen Industrie. Was paßte ihnen am wenigsten in den Kram? — Die Tätigkeit der Gewerkschaften. Aber sie sprachen nicht etwa sachlich und wie verantwortungsbewußte Menschen reden — nein, diesmal hatten einige der Industriekapitäne die Nerven verloren, und sie sprachen ungenhörig, taktlos und unwahr. Nicht alle Unternehmer nehmen eine solche Stellung ein. Die in Köln sprachen, sind wahrscheinlich die reaktionärsten in Deutschland, und wenn sie eine solche Stellung gegenüber den Gewerkschaften einnehmen, das sollte uns bestätigen, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Mittwoch, 8. November.

Die Aussprache im Bundestag zur Remilitarisierung, bei der Bundeskanzler Adenauer und der Führer der Opposition Schumacher die beiden grundsätzlichen Auffassungen zu dieser Frage darlegten, wurde von den Frauen und Männern und vor allem von jungen Menschen aufmerksam verfolgt: An der Frage der Remilitarisierung offenbarte sich das politische Interesse des Volkes.

Wer hat recht? Der Bundeskanzler oder der Oppositionsführer? Dies zu entscheiden, bedürfte es längerer Ausführungen. Darum sollte die Frage anders gestellt werden. Sie müßte lauten: „Was will das Volk?“ Und hier wäre die Antwort sehr eindeutig. Das Volk in seiner übergroßen Mehrheit wird „nein“ sagen. Es will nichts mehr von dem wissen, was mit Militär zu tun hat.

Eine Anzahl Rundfragen bestätigten diese Auffassung. Eine Leserrundfrage der CAJ-Zeitung (Organ der christlichen Arbeiterjugend) ergab, daß 71 v. H. der Antworten sich entschieden und teilweise radikal gegen jede Art von Wehrdienst aussprachen. Bei Befragungen ähnlicher Art durch andere Zeitungen, die meist in der bürgerlichen Welt gelesen werden, lag der Hundertsatz gegen die Remilitarisierung zwischen 65 und 68 v. H. Aus allen bisherigen Befragungen geht aber die Ablehnung eindeutig hervor. Dabei zieht sich dieser Widerstand gleichmäßig durch alle Berufskreise. Die stärkste Gegnerschaft gegen den Militarismus findet sich in den Jahrgängen bis zu 45 Jahren. Eine eigene deutsche Wehrmacht wird sogar von 90 v. H. aller Befragten konsequent abgelehnt. Frauen sind fast einmütig dagegen. Fast jedes persönliche Gespräch bestätigt uns die oben wiedergegebenen Zahlen. So ergibt sich die Frage: „Darf der Bundestag in der Frage der Remilitarisierung die Entscheidung treffen oder muß das Volk darüber entscheiden?“

Donnerstag, 9. November.

In dem Bericht einer großen Zeitung zur Aussprache im Bundestag zur Frage der Remilitarisierung findet sich folgendes:

„Nach der Rede Dr. Schumachers verließen über zwei Drittel aller Abgeordneten das Plenum und hielten sich in den Wandelgängen und im Restaurant auf. Die meisten der im Plenum verbliebenen Abgeordneten griffen zur Zeitung oder unterhielten sich mit ihrem Nachbar, als die Fraktionsvorsitzende des Zentrums Frau Helene Wessel das Wort ergriff.“

Dieses Verhalten der Bundestagsabgeordneten spricht Bände. Es drückt die ganze Überheblichkeit der Männer gegenüber den Frauen im öffentlichen Leben aus. Waren die Abgeordneten so gewiß, daß eine Frau nichts Wesentliches zur Remilitarisierung zu sagen hatte?

Samstag, 11. November.

Ein Mann war Nazi und sogar Landesgruppenleiter dieser Partei in einem fremden Land. Und weil man dies heute von ihm sagt, stellt er den Antrag beim Gericht, dies solle unterlassen werden. Er will, daß von seiner politischen Vergangenheit nicht mehr gesprochen wird. Vor allem richtet sich dieses Verlangen gegen den DGB, da in dem Weißbuch des Gewerkschaftsbundes „Feinde der Gewerkschaften — Feinde der Demokratie“ (Aufwärts Nr. 22) kritisch zur Person des Dr. Emil Ehrich, der als ehemaliger Landesgruppenleiter der NSDAP in Italien eine hohe Stellung in einem Bonner Bundesministerium innehatte, Stellung genommen wurde. Die Gewerkschaften bezeichneten schon seit langem diesen Zustand als unhaltbar und forderten seine Entfernung. Ein Vorgang, der nicht mehr als selbstverständlich war. Es müßte Allgemeinut sein, daß ein nationalsozialistischer Aktivist keine entscheidende Position im Staatsapparat bekleiden kann. Doch gerade bei verschiedenen Behörden versucht man diese Auffassung zu umgehen. So auch bei Minister Hellwege, der Emil Ehrich in seinem Ministerium beschäftigte. Der Landesgruppenleiter mußte entlassen werden, zwar erst gestern —, und nun verlangt er eine einstweilige Verfügung, mit der untersagt werden soll, sich mit seiner Person zu beschäftigen. Da das Gericht es ablehnte, ohne eine mündliche Verhandlung zu entscheiden, muß der Kollege Hans Böckler zum persönlichen Termin am 17. November nach Bonn.

Hätte sich Ehrich auf Grund seiner Vergangenheit beschieden, so wäre wahrscheinlich gar nicht mehr von ihm gesprochen worden. Es lag bei ihm und seinen Vordermännern.

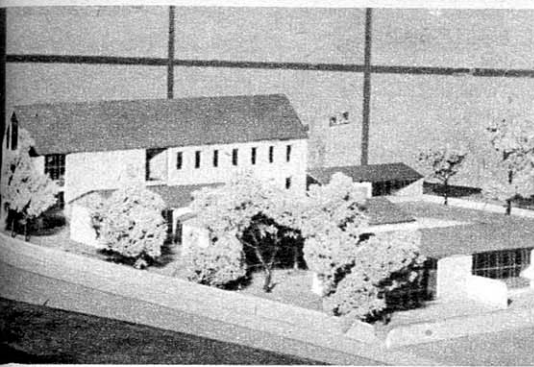
Montag, 13. November.

„Wozu würdest du eine Weihnachtsgratifikation von 25 DM verwenden?“ lautete die Frage, die wir im November des vergangenen Jahres an unsere Leser stellten und die ein zweifaches Echo auslöste: das erwartete auf Grund der Einsendungen, die Feststellung, was man mit 25 DM anfangen würde, aber noch ein Zweites hatte unsere Frage im Gefolge, die Bereitschaft zur Hilfe, zum Schenken, zur Freude. Das äußerte sich in Sachspenden, kleineren und größeren Geldbeträgen, die uns unverhofft und unvorbereitet plötzlich durch die Post auf unsere Schreibtische gelegt wurden. Wir haben darüber berichtet. Es war eine wirklich feine Sache.

Daran erinnern nun Leserbriefe, die wünschen, in diesem Jahr sollten wir eine ähnliche Sache starten. So schön und gut sie wäre, doch wir können beim besten Willen so etwas nicht organisieren. Stellt euch vor, was für einen Betrieb wir aufziehen müßten, um in München oder Hamburg irgend etwas prüfen zu lassen.

Im vergangenen Jahr haben viele Gruppen der Gewerkschaftsjugend zu Weihnachten anderen Freude bereitet. Sie werden es in diesem Jahr wieder tun. Die Freunde, die helfen möchten, sollten auch diesen Weg gehen, denn es ist der bessere.

H. T.



Nicht nur planen, sondern auch bauen. Der neue Schulhaustyp darf auch von außen nicht als „Schule der armen Leute“ kenntlich gemacht sein.

Bau neuer Schulen nach modernen pädagogischen Gesichtspunkten. In keiner Klasse mehr als 40 Schüler, damit die Lehrer wieder die Möglichkeit haben, mit der notwendigen Geduld und Rücksichtnahme das einzelne Kind an den Lehrstoff heranzubringen. Dabei ist Voraussetzung, daß die Aufgabe des Lehrers als eine primäre gesellschaftliche Funktion anerkannt wird und die Existenz des Lehrers eine entsprechende materielle Würdigung findet. Ein Lehrer kann seine erzieherische Aufgabe nicht erfüllen, wenn er gezwungen ist, Nebeneinkünften nachzugehen.

Weiter ist dringendes Erfordernis eine Neugliederung des gesamten Lehrstoffes, der den Gegebenheiten der heutigen Zeit entspricht. Den Kindern wird heute noch ein Ballast von Dingen mitgegeben, das gilt für alle Schultypen, die längst verrottet und verstaubt sind und mit denen sie niemals etwas anfangen können.

Wir sind für eine Schulreform, für eine Neugestaltung; aber die Schulreform hat bei der Volksschule zu beginnen. Das sei klar und eindeutig ausgesprochen.

Wir wollen die Reform der Volksschule. H. T.

Bescheidene Anfänge sind gemacht, wo man lichte und helle Volksschulräume schaffte und die Kinder nach den neuen Methoden unterrichtet.

